

eu top thema

Wirtschaftskammer Österreich



Österreich in der EU

Die heimische Wirtschaft im Binnenmarkt

FEBRUAR 2018



eu top thema

Inhalt

Wegfall der Zollkontrollen und Wartezeiten	2
Aussenhandel	3
Direktinvestitionen	6
WIFO: Österreichischer „Integrationsbonus“ ist überdurchschnittlich	8
Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung: Österreich unter den TOP-Gewinnern des Binnenmarktes.....	9
Teilnahme an Forschungsprojekten	10
Regionalförderung	13
Österreichs Nettozahlungen	14
Mythos Sozialtourismus.....	15
20 Jahre nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen: Mehrheit der Österreicher für EU	16
Zahlen, Daten Fakten - Untersuchung der Agenda Austria	16
Zusammenfassung.....	17
Was wäre, wenn Österreich wieder aus der EU austräte?	18

Vor 23 Jahren - am 12. Juni 1994 - fand in Österreich die erste verfassungsmäßig notwendige Volksabstimmung statt. Unerwartete 66,64 % stimmten dem EU-Beitritt zu - ein Wert, der in den nachfolgenden Abstimmungen in Schweden und Finnland bei weitem nicht erreicht wurde. Zu diesem Zeitpunkt war die "EU-phorie" am größten.

Die positive EU-Stimmung ging in den Folgejahren stark zurück, danach waren aber stets rund zwei Drittel der Bevölkerung gegen einen EU-Austritt. Im Juni 2009 wiederum schritten knapp 46 % der Wahlberechtigten zur Wahl und im Mai 2014 45 %, wobei Österreichs Wahlbeteiligung in beiden Jahren über dem EU-Durchschnitt (jeweils ca. 43 %) lag!

Heute kann aus wirtschaftlicher Sicht jedoch nur ein Resümee gezogen werden: die Entscheidung war richtig. Österreich wurde internationaler, verkrustete Strukturen wurden durch den Wettbewerbsdruck aufgebrochen, unser Land hat sich geöffnet und vom bisherigen "Inseldasein" verabschiedet. Heute werden bereits 6 von 10 Euro im Ausland erwirtschaftet.

Wie uns die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, nützt die EU nicht nur in guten Zeiten, sie schützt auch in schlechten Zeiten. Sie hat bei Ausbruch der Finanzkrise im Herbst 2008 rasch reagiert und binnen kurzer Zeit einen Schutzschirm zwecks Stabilisierung der europäischen Finanzmärkte und der Kreditwirtschaft aufgespannt.

Wegfall der Zollkontrollen und Wartezeiten

Der wichtigste Effekt für die heimische Wirtschaft war der gleichberechtigte Zugang zum Binnenmarkt.

Weder das 1972 abgeschlossene Freihandelsabkommen noch der EWR (der erst ein Jahr vor der Mitgliedschaft in Kraft trat) konnten die für die Wirtschaft wichtigste Freiheit des Binnenmarktes - die Freiheit des Warenverkehrs - herstellen. Einerseits waren die Landwirtschaft und die nachgelagerte Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft vom Freihandelsabkommen ausgeschlossen, andererseits blieben Grenzformalitäten (Kontrolle der Warenbegleitpapiere) und die nicht kalkulierbaren Wartezeiten an den Grenzen zu Italien und Deutschland als Wettbewerbsnachteil gegenüber EU-Firmen bestehen. Innerhalb der EU waren die Grenzkontrollen durch die Einführung des Binnenmarktes am 1.1.1993 abgeschafft worden. Damit beispielsweise Just-in-time-Lieferungen pünktlich durchgeführt werden konnten, unterhielten zahlreiche österreichische Firmen kostspielige Auslieferungslager innerhalb der EU, um nach Einlangen von Bestellungen die Waren ohne Grenzwarzeiten gleich im Binnenmarkt ausliefern zu können.

Einsparungen von rund 1,7 - 4,3 Mrd. Euro jährlich durch Wegfall der Zollgrenzen

Berechnungen der Europäischen Kommission vor Vollendung des Binnenmarktes (Cecchini-Report) kalkulierten diese Kosten (der Zollgrenzen) mit mindestens 2,2 Prozent des Warenwertes. Umgerechnet auf die damaligen österreichischen Exporte in die Europäische Union lagen die Kosten zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Euro pro Jahr. Da der Großteil des österreichischen Außenhandels (mehr als 70 %) auf die Länder der EU entfällt, ersparen sich die heimischen Unternehmen im EU-Export aufgrund des Wegfalls der Binnengrenzen in der EU **rund 1,7 - 4,3 Mrd. Euro jährlich!** Dabei sind noch nicht einmal jene entgangenen Aufträge berücksichtigt, die aufgrund dieser Kostennachteile gar nicht zustande gekommen wären.

Cecchini-Bericht

Der 1988 vorgelegte Cecchini-Bericht ist eine von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Studie über die wirtschaftlichen Auswirkungen der für 1992 vorgesehenen Binnenmarktvollendung. Der Bericht prognostizierte als Effekte Wettbewerbsvorteile und langfristiges Wirtschaftswachstum.

Bei Wegfall aller Hindernisse (Grenzkontrollen, technische Handelshemmnisse, Steuerschranken usw.) ließen sich demnach Kosteneinsparungen von etwa 200 Mrd. ECU verwirklichen. Daraus sollten

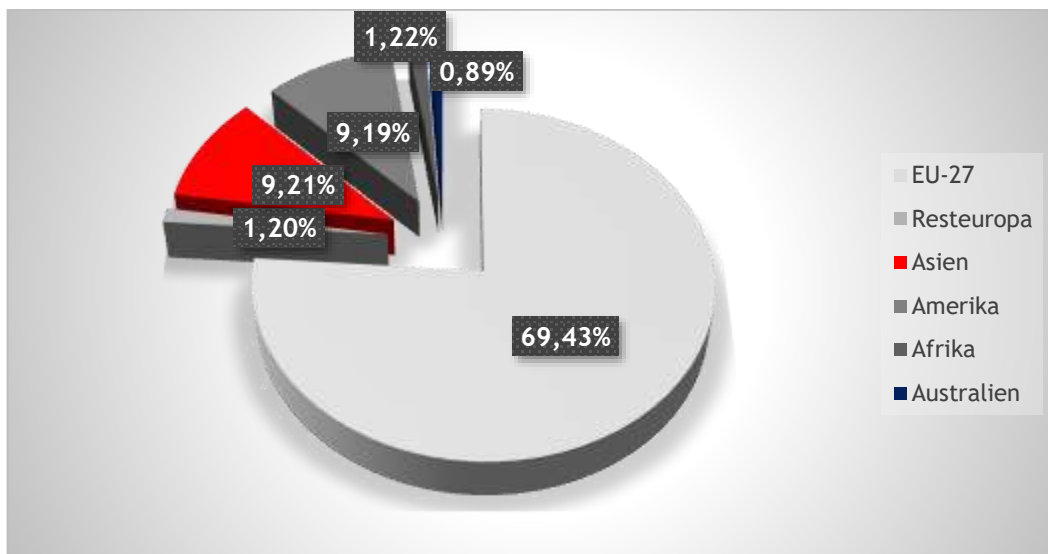
niedrigere Verbraucherpreise, vermehrtes Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in wenigen Jahren resultieren.

Aussenhandel

70 % des Außenhandels mit EU-Ländern

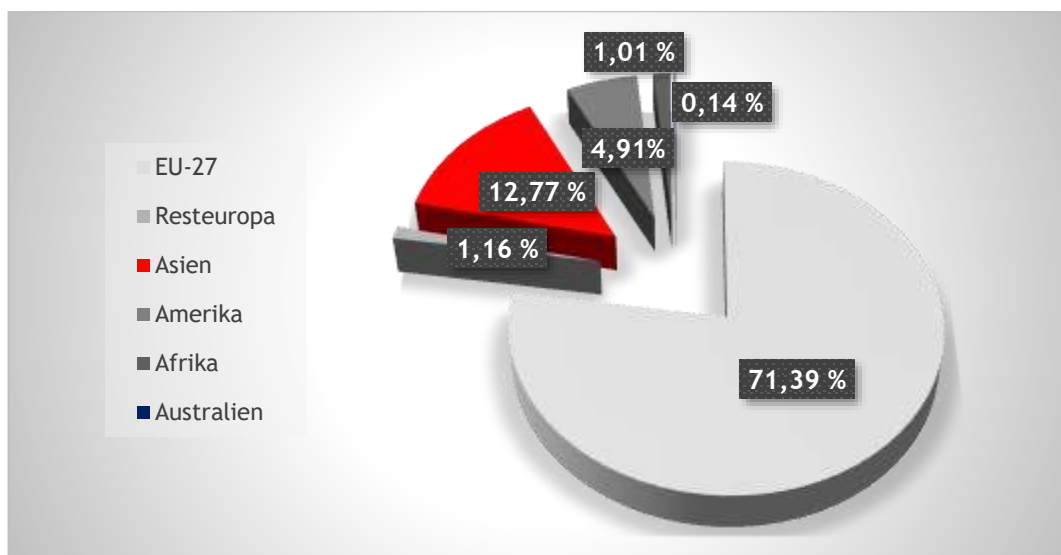
Wie schon lange vor dem EU-Beitritt entfiel auch 2016 der Großteil - ca. 70 % - des österreichischen Außenhandels auf Länder der EU. So ist die EU die mit Abstand wichtigste Exportregion für Österreich (Quelle: Statistik Austria, April 2017)

Exporte 2016 weltweit nach Regionen in %



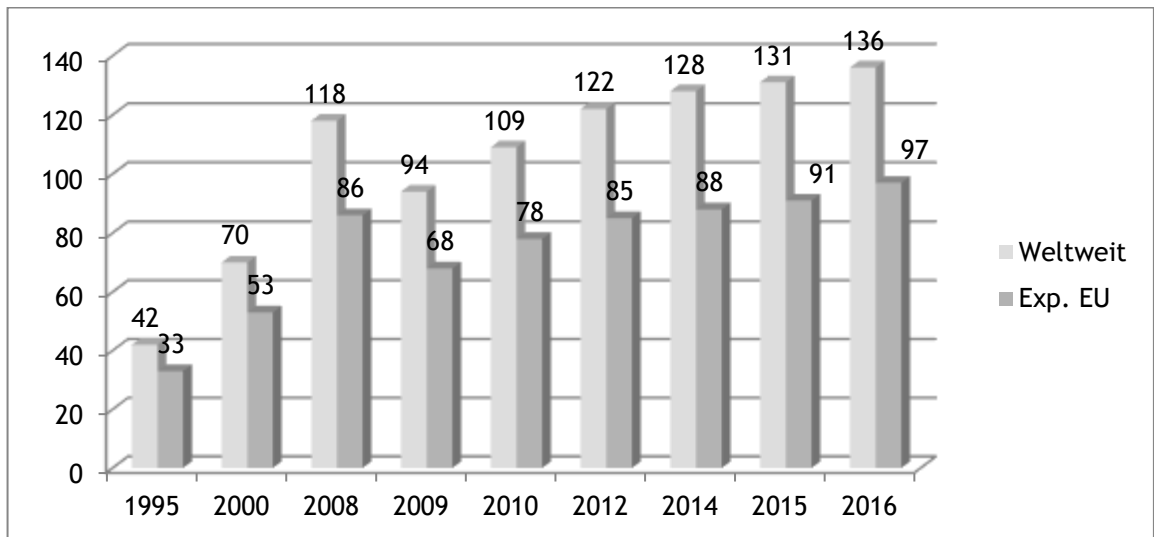
Die Länder der EU sind auch 2016 - wie in den Vorjahren - die wichtigsten Import-Partner Österreichs:

Importe 2016 weltweit nach Regionen in %



Seit dem Beitritt Österreichs zur EU stiegen die Exporte in die heutigen 27 anderen EU-Mitgliedstaaten von 33 Mrd. Euro im Jahr 1995 auf 97 Mrd. Euro im Jahr 2016, das zeigt die Bedeutung des EU-Binnenmarktes für Österreich (Statistik Austria, Dezember 2017).

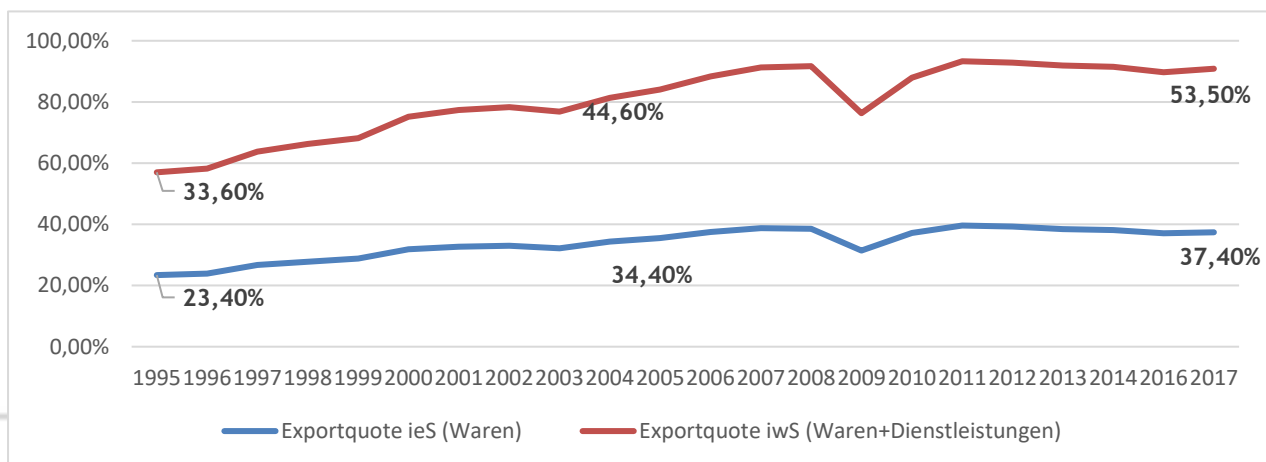
Exporte weltweit und in die Länder der heutigen EU-27 1995-2016 (in Mrd. Euro gerundet)



Fast 6 von 10 Euro unseres Wohlstandes werden im Ausland erwirtschaftet!

Der österreichische Außenhandel ist ein überaus wichtiger Faktor der heimischen Wirtschaft und Motor der Konjunktur. Als kleine offene Marktwirtschaft entwickelte Österreich einen weit verzweigten und hoch differenzierten Außenhandel. So ist etwa die Exportquote (Waren- und Dienstleistungsexporte gemessen am BIP) von 33,6 % (1995) auf 53,5 % (2017) rasant angestiegen und liegt über dem EU-Durchschnitt.

Der Anteil der reinen Warenexporte am Bruttoinlandsprodukt verzeichnete von 1995 bis 2017 einen Anstieg von 23,4 % auf 37,4 %.



Beginnend mit der Ostöffnung 1989 war die Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft nicht mehr auf wenige große Konzerne und traditionelle Handelsfirmen beschränkt, sondern ist in die Breite gegangen. Dadurch ist die Welt „kleiner“ geworden, und das war der fruchtbare Boden, dass Österreich die Zahl seiner Exporteure von damals rund 12.000 auf mittlerweile 56.000 steigern konnte, 90% davon sind KMU!

Intrastat

Aufgrund der rechtlichen Änderung im Statistikbereich sind die Daten ab dem Jahr 1995 mit den Jahren davor nur bedingt vergleichbar. Das in der Europäischen Union übliche **INTRASTAT** und **EXTRASTAT**-System sieht einerseits eine Auskunftspflicht lediglich für alle Wareneingänge und -versendungen für alle umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen über gewissen Schwellenwerten vor. Es gibt somit keine Totalerfassung der Exporte und Importe, wie es vor dem EU-Beitritt durch die Zollpapiere (und den Statistik-Durchschlag) üblich war. Diese Statistikerhebungen waren für Unternehmer im Übrigen eine der wenigen negativen Begleiterscheinungen des EU-Beitritts (monatlich von den Betrieben zu erstellende Aufzeichnungen über inner- und außergemeinschaftliche Warentransporte (INTRASTAT und EXTRASTAT)).

Auch gibt es im Vergleich der Daten 1994 mit späteren Jahren teilweise starke statistische Verzerrungen, wenn Waren über große Häfen in den Binnenmarkt gelangen und innerhalb des Binnenmarktes erst später nach Österreich kommen (so genannter „Rotterdam-Effekt“).

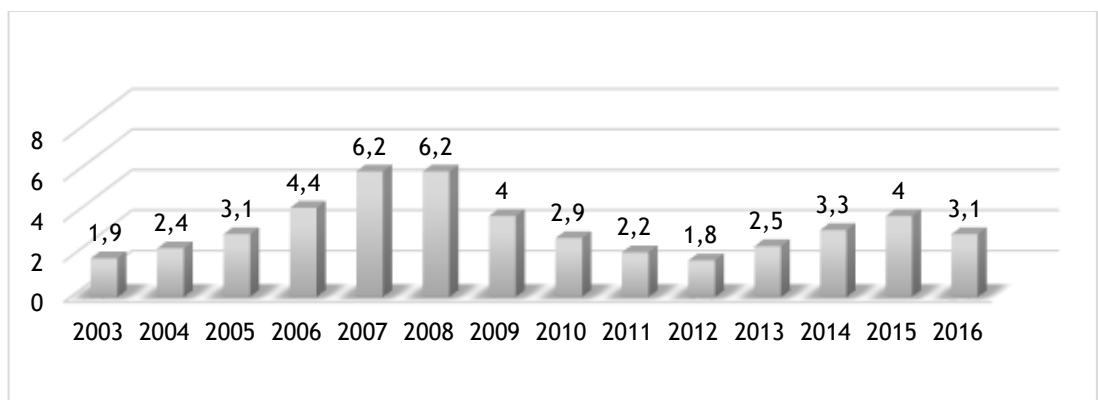
2006: 100 Mrd. Euro Export-Schallmauer mit Hilfe der EU-Erweiterung durchbrochen

Die dynamische Entwicklung des österreichischen Außenhandels nach dem österreichischen EU-Beitritt erfuhr durch den Außenhandel mit den 12 neuen Mitgliedstaaten (Erweiterung 2004 und 2007) bzw. durch deren volle Integration in den Europäischen Binnenmarkt einen weiteren Aufschwung. Nicht zuletzt durch das starke Exportwachstum in diese Länder konnte 2006 die 100-Mrd. Euro-Schallmauer der weltweiten Gesamtexporte durchbrochen werden. Der wichtigsten Handelspartner war mit Exporten in Höhe von 39,4 Milliarden Euro auch 2016 Deutschland vor den USA und Italien.

Bedeutender Handelsbilanzüberschuss mit den neuen Mitgliedstaaten

Österreich konnte die sich nach dem EU-Beitritt bietenden Chancen stark nutzen und seine Exporte - nicht zuletzt aufgrund der boomenden Exporte nach **Mittel- und Osteuropa** - durchschnittlich um neun Prozent pro Jahr steigern. Sogar **2009 bis 2016** konnte Österreich mit den neuen Mitgliedstaaten einen **Handelsbilanzüberschuss** erzielen (Statistik Austria, Juli 2017).

Österreichs Handelsbilanz 2003 - 2016 mit den neuen Mitgliedstaaten



Schon vor ihrem EU-Beitritt waren diese Länder eine der wichtigsten Stützen des österreichischen Exportes. Die unmittelbare Nachbarschaft zu den neuen Mitgliedstaaten und die ähnliche Mentalität waren für österreichische Unternehmer traditionell ein Wettbewerbsvorteil. Dieser

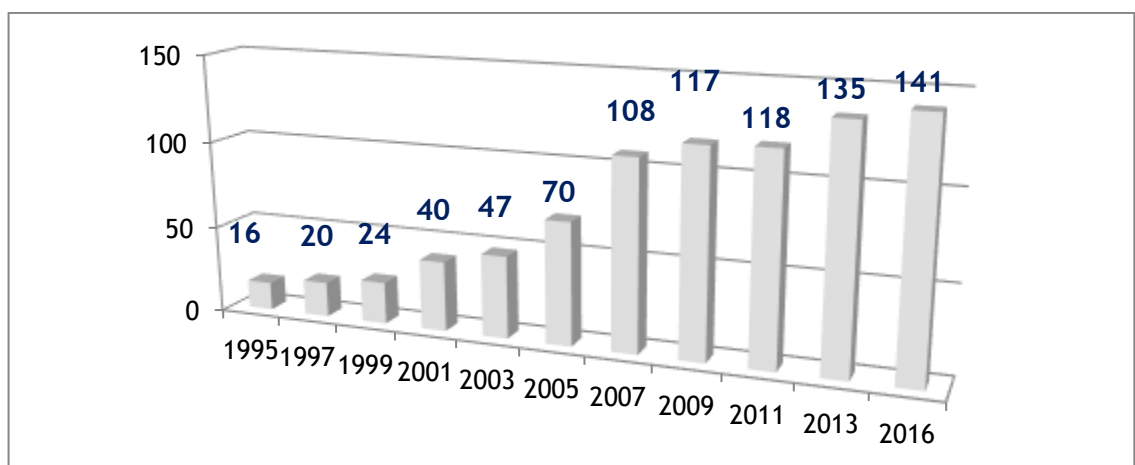
Wettbewerbsvorteil konnte durch den mit der Erweiterung verbundenen freien Waren-, Kapital- und Personenverkehr ausgebaut werden. Allein die **Exporte** in die **fünf neuen Mitgliedstaaten** Ungarn, Slowenien, Tschechien, Slowakei und Polen haben sich seit dem österreichischen EU-Beitritt 1995 mehr als **vervierfacht**: diese stiegen von **4 Mrd. Euro** (1995) auf **18,6 Mrd. Euro** im **Jahr 2016** (Stat. Austria, 2017).

Direktinvestitionen

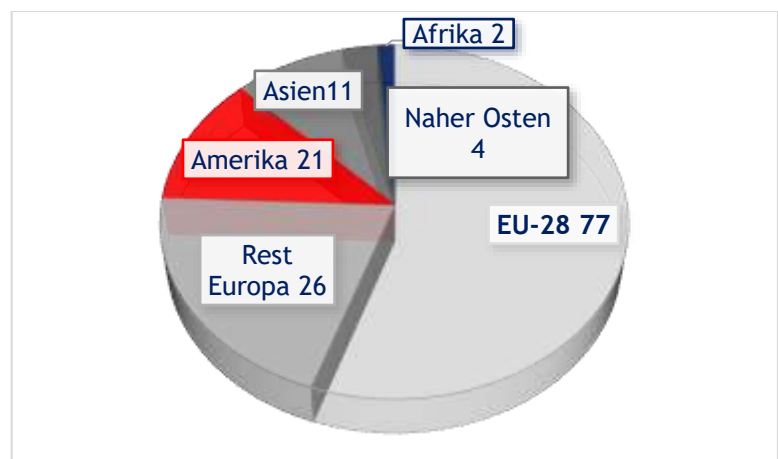
Mehr als 100 Mrd. Euro zusätzliche Auslandsinvestitionen in Österreich seit 1995

Vor dem Beitritt bestand die berechtigte Erwartung, dass Österreich als EU-Mitglied verstärkt ausländische Direktinvestitionen von Unternehmen anziehen würde. Ausländische Unternehmen investierten in Österreich seit dem EU-Beitritt durchschnittlich (1995 - 2016) rund 6,5 Milliarden Euro pro Jahr. In den drei Jahren vor dem Beitritt waren es ca. 1,3 Milliarden Euro. Die Investitionen ausländischer Unternehmen in Österreich sind damit im Durchschnitt auf das Fünffache angestiegen, die größten Investitionen stammen von Unternehmen aus Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Schweiz. Der Bestand an Direktinvestitionen in Österreich hat sich von rund **16 Mrd. Euro** im Jahr **1995** auf rund **141 Mrd. Euro** im **Jahr 2016** erhöht! (Quelle: OeNB, November 2017)

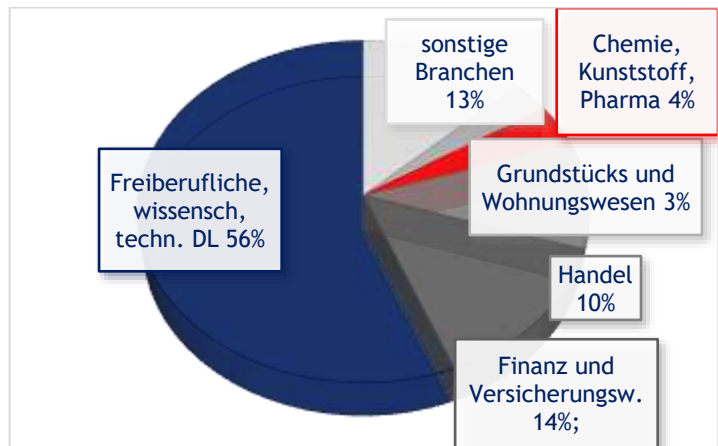
Bestand Direktinvestitionen in Österreich 1995 bis 2016 in Mrd. Euro gerundet



Bestand Direktinvestitionen 2016 in Österreich nach Herkunftsregionen in Mrd. Euro (OeNB 2017)



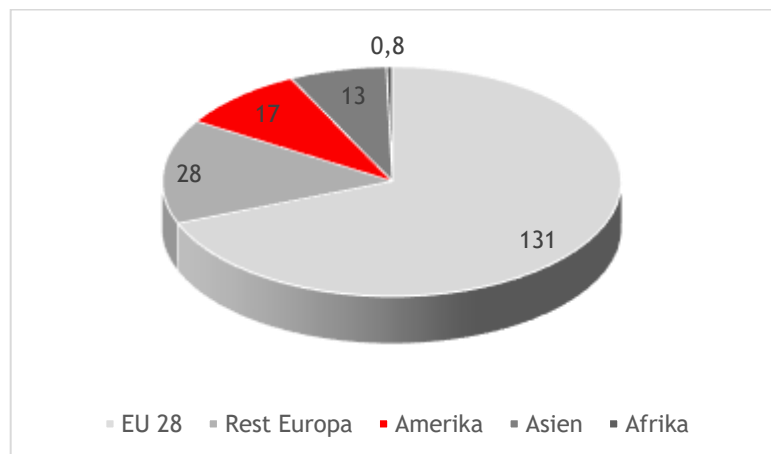
Passive Direktinvestitionsbestände nach Branchen 2016 in Prozent



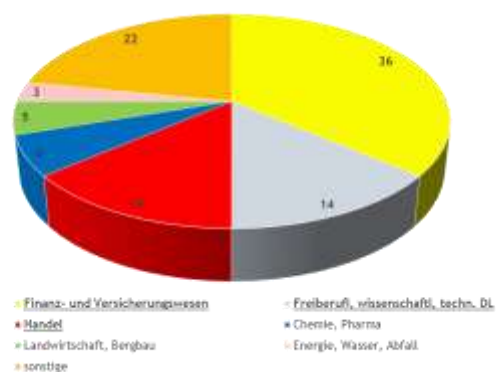
Auch österreichische Investitionen im Ausland sind stark gestiegen

Neben den ausländischen Investitionen in Österreich sind auch die österreichischen Investitionen im Ausland seit dem EU-Beitritt stark angestiegen. Der Bestand an österreichischen Direktinvestitionen im Ausland stieg auf rund 190 Mrd. Euro im Jahr 2016 (Quelle: Österreichische Nationalbank, November 2017).

Bestand der österreichischen Direktinvestitionen im Ausland 2016 nach Zielregionen in Mrd. Euro



Direktinvestitionsbestände Österreichs im Ausland nach Branchen 2016 in Prozent



Österreich unter den bedeutendsten Investoren in Mittel- und Osteuropa

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) stellt in zahlreichen Analysen fest, dass österreichische Unternehmen die Investitionschancen früher als die internationale Konkurrenz nutzten und bereits seit 1990 in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) investierten. Der **Bestand** an österreichischen Direktinvestitionen in den mittel- und osteuropäischen Ländern stieg von 0,4 Mrd. Euro im Jahr 1990 auf **56 Mrd. Euro im Jahr 2016** (Quelle: OeNB 2017). Dieser Wert entspricht einem Drittel der gesamten Direktinvestitionen Österreichs im Ausland. Die österreichische Investitionstätigkeit ist damit auch im internationalen Vergleich außerordentlich stark auf Mittel- und Osteuropa konzentriert. Seit der Erweiterung besteht ein enormer Nachholbedarf im Umwelt- und Energiebereich sowie bei der Verkehrsinfrastruktur. Österreich kann an den Regional- und Strukturförderungen indirekt mitnaschen, die die neuen Mitglieder aus Brüssel erhalten. Für österreichische Unternehmen, die gerade in der Umwelttechnik zu den Technologieführern gehören, ergeben sich dadurch besondere Chancen. Auch auf Grund der geographischen Nähe besteht ein deutlicher Konkurrenz-Vorsprung gegenüber Unternehmen aus anderen Ländern. Österreich ist in Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien der bedeutendste Investor. In Rumänien, Slowakei und Bulgarien belegen Österreichs Unternehmen mit ihren Firmenbeteiligungen den sehr guten 2. Platz. Auch in den übrigen mittel- und osteuropäischen Ländern ist Österreich als Direktinvestor stark vertreten.

Ranking Österreichs als Direktinvestor in Osteuropa

Bosnien/Herzegowina	1
Kroatien	1
Slowenien	1
Serbien	1
Bulgarien	2
Rumänien	2
Slowakei	2
Tschechische Republik	3
Ungarn	4

WIFO: Österreichischer „Integrationsbonus“ ist überdurchschnittlich

Laut WIFO hat Österreich auf allen Stufen der Integration (seit 1889, hochgerechnet bis 2015) ökonomisch profitiert. So bewirkte allein der EU-Beitritt ein kumuliertes zusätzliches Wirtschaftswachstum von 32 Mrd. € und die Schaffung von rund 13.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen pro Jahr. Alle Integrationsschritte zusammen bewirkten ein kumuliertes zusätzliches Wirtschaftswachstum von 63 Milliarden Euro und die Schaffung von rund 18.500 Arbeitsplätzen pro Jahr.

Fazit: "Wäre Österreich ohne EU und Euro besser gefahren?"... Ein klares Nein!

Nach Untersuchungen des **Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO)** hat Österreich von allen Stufen der Integration - von der Ostöffnung 1989, dem Beitritt 1995, der Euro-Einführung 2002 und den Erweiterungsrunden 2004/2007 - ökonomisch profitiert: durch mehr Wachstum, mehr Beschäftigung, eine geringere Arbeitslosigkeit, eine niedrigere Inflation etc. Den größten Einzeleffekt in Bezug auf das Wirtschaftswachstum hatte der Beitritt zur EU im Jahr 1995.

Alle Integrationsschritte kumuliert haben Österreich ein Mehr an Wachstum von 0,9 Prozent pro Jahr gebracht, also kumuliert 28,5 % von 1989-2015. Das entspricht in Summe einer zusätzlichen Wertschöpfung von knapp 63 Mrd. Euro oder 2,4 Mrd. Euro pro Jahr (seit EU-Beitritt 1995, also ohne

Ostöffnung, zusätzliches BIP-Wachstum von 12,7 % bzw. zusätzliche Wertschöpfung von knapp 32 Mrd. Euro). Österreich ist als kleine Volkswirtschaft stärker vom Zugang zu einem größeren Markt ohne Handels- und sonstige Schranken abhängig als große Länder, so das WIFO: die Wirtschaft hat deshalb von der stetigen Ausweitung der Handelsmöglichkeiten nach Osteuropa durch die Ostöffnung und durch die Teilnahme am wachsenden EU-Binnenmarkt sehr profitiert. Der Wachstumsvorsprung gegenüber Deutschland beträgt 0,7 % pro Jahr und gegenüber der Schweiz 0,6 %.

2014: WIFO-Zusammenfassung: Was Österreich die schrittweise Integration der EU gebracht hat

- ▶ Österreich hat durch die Teilnahme am Binnenmarkt - vor allem als kleines Land - profitiert;
- ▶ Das reale BIP ist in Ö um + 0,9 % pro Jahr seit 1989 gestiegen -> kumuliert 28,5 % + 63 Mrd. €;
- ▶ Seit 1989 ist der Anstieg des realen BIP um +0,5 % pro Jahr höher als in der EU-15;
- ▶ Wachstumsvorsprung gegenüber Deutschland beträgt 0,7 % und gegenüber der Schweiz 0,6 %;
- ▶ Schaffung von rund **18.500 Arbeitsplätzen** in Österreich pro Jahr; **kumuliert 480.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Jahr 2015**;
- ▶ Die Arbeitslosenquote sank um 0,7 % pro Jahr: das bedeutet seit 1989 3600 Arbeitslose pro Jahr weniger;
- ▶ Inflationsrate sank um 0,2 % pro Jahr;
- ▶ Das Einkommensniveau (das reale BIP/Kopf) liegt 2015 um 7000 € pro Kopf höher als ohne Integration in die EU.
- ▶ Ostöffnung und EU-Erweiterung vergrößern die Chancen und Möglichkeiten Österreichs, an der Globalisierung (in Osteuropa an der "Mini-Globalisierung") aktiv teilzunehmen.
- ▶ **Exporte und Direktinvestitionen haben wachsenden Anteil am BIP:**

Exporte (Waren und Dienstleistungen) haben wachsenden Anteil am BIP: 1980: 32,9% und 2011: 57,3% (2012: 57, 2%).

Aktive (und passive DI) in % des BIP stiegen von 0,39 % (0,75 %) im Jahr 1995 auf 7,28 % (3,38%) im Jahr 2011(s. folgende Tabelle)

	1995	2000	2007	2010	2011
FDI aktiv in % BIP	0,39	2,87	10,41	2,04	7,28
FDI passiv in % BIP	0,75	4,43	8,31	1,12	3,38
FDI aktiv in Mrd. €.	-0,69	-5,98	-28,51	-5,84	-21,91
FDI passiv in Mrd.€.	1,30	9,23	22,76	3,22	10,16

Details finden Sie im EU Top Thema Österreichs EU-Mitgliedschaft - eine Evaluierung. Im Jahr 2012 und 2013 lag Österreich im Vergleich aller EU-Länder beim BIP pro Kopf weit über dem Durchschnitt an 2. Stelle hinter Luxemburg! (Quelle: EK, Frühjahrsprognose 2014).

- ▶ Details: wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/main.jart?rel=de&reserve-mode=active&content-id=1298017551022&publikation_id=47184&detail-view=yes

Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung: Österreich unter den TOP-Gewinnern des Binnenmarktes

Eine Studie der Prognos AG im Auftrag der Bertelsmann Stiftung analysiert, in welcher Höhe die „alten“ EU - Staaten in den letzten 20 Jahren seit Einführung des Europäischen Binnenmarktes von der europäischen Integration profitiert haben. Die zunehmende europäische Integration im EU-Binnenmarkt hat sich gemäß dieser Studie seit 1992 für positiv auf das Wirtschaftswachstum der

alten Mitgliedstaaten ausgewirkt. Diese Wachstumseffekte fallen von Land zu Land sehr unterschiedlich aus - abhängig etwa vom jeweiligen Ausbau der Handelsbeziehungen und der Anpassung an konjunkturelle Verläufe innerhalb der EU. Insgesamt gilt: je stärker die eigene Integration, desto höher der volkswirtschaftliche Nutzen.

Den höchsten integrationsbedingten BIP-Zuwachs aller Gründungsländer im EU-Binnenmarkt verzeichnete Dänemark mit jährlich 500 Euro pro Kopf. An zweiter Stelle steht Deutschland (+37 Milliarden Euro durchschnittliche jährliche Steigerung des realen BIP, was einem jährlichen Einkommensgewinn von 450 Euro pro Einwohner entspricht).

An dritter Stelle liegt bereits Österreich (280 Euro), es folgen Finnland (220 Euro) sowie Belgien und Schweden (je 180 Euro). Deutlich geringere Zuwächse weisen die südlichen EU-Länder auf. So liegt der durchschnittliche jährliche Einkommenszuwachs aufgrund zunehmender europäischer Integration in Italien bei 80, in Spanien und Griechenland bei 70 und in Portugal bei 20 Euro pro Einwohner. Das Zusammenwachsen Europas hat vor allem jenen Volkswirtschaften geholfen, die wirtschaftlich besonders eng mit den übrigen EU-Ländern verflochten sind und damit auch einen konjunkturell ähnlichen Verlauf wie der EU-Durchschnitt aufweisen, so die Studie.

Eine zentrale Rolle für das Zusammenwachsen Europas spielt der Binnenmarkt bzw. der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital. Diese vier Grundfreiheiten bauen Handelshemmnisse zwischen den beteiligten Ländern ab und machen Importe preiswerter, was die Kaufkraft der Konsumenten erhöht. Der Binnenmarkt ermöglicht es somit den Unternehmen, für einen größeren Markt zu produzieren und über die Vorteile der Massenproduktion die Preise weiter zu senken. Die grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitskräften und Kapital führt schließlich dazu, dass Produktionsfaktoren dort eingesetzt werden können, wo sie die größte Wertschöpfung erzeugen, was ebenfalls einen Wachstumsimpuls darstellt. Primäres Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Markts war die Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands der Bürger. Diese Erwartung hat der gemeinsame Markt erfüllt. Chancen auf zusätzliche Wachstumsimpulse bietet vor allem der Ausbau des europäischen Dienstleistungs- und Arbeitsmarkts. Während der gemeinsame Markt für Waren bereits sehr gut funktioniert, gibt es im Dienstleistungsbereich noch Nachbesserungsbedarf. So machen Dienstleistungen gegenwärtig rund 70 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts aus, aber nur 20 Prozent des grenzüberschreitenden Handels zwischen den EU-Ländern. Geeignete Maßnahmen zur Förderung der grenzüberschreitenden Versorgung mit Dienstleistungen innerhalb der EU wären eine bessere Standardisierung von Dienstleistungen und die vollständige Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie, so die Studie.

Teilnahme an Forschungsprojekten

Ausweitung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten:

Die **Steigerung der F&E-Quote erhöht die gesamte Faktorproduktivität und beeinflusst direkt das reale BIP**. Auch durch die Möglichkeit, an den Rahmenprogrammen der EU teilzunehmen, stieg die Forschungs- und Entwicklungsquote seit Mitte der 1990er Jahre deutlich. Sie erreicht 2012 mit 2,8 % ihren Höchstwert; die Wirtschaftskrise verlangsamte 2009 die Dynamik. Das Ziel für die F&E-Quote der Lissabon-Strategie liegt für den EU-Durchschnitt bei 3 % des BIP. Dieses Ziel ist nun in der Strategie „Europa 2020“ für die einzelnen Mitgliedsländer differenziert, sodass jene Länder, die bereits weit fortgeschritten sind, höhere Zielwerte anpeilen müssen: Finnland und Schweden 4%, Österreich 3,76%, Deutschland 3% und die ärmeren neuen Mitgliedsländer unter 3 % (z. B. Ungarn 1,8 %) (Quelle: WIFO)

Im Forschungsbereich konnte Österreich von der EU-Mitgliedschaft stark profitieren: im **6. Rahmenprogramm** (2002 - 2006) wurden insgesamt 1.972 österreichische Beteiligungen an 1.324 erfolgreichen Projekten verzeichnet; von den über Projektausschreibungen vergebenen Mitteln erhielt Österreich 425 Millionen Euro seitens der EU zugesprochen; im Verhältnis zum Anteil, den Österreich zum Forschungsrahmenprogramm leistet, bedeutete dies einen Rückfluss von 115 %. Im abgeschlossenen **7. Rahmenprogramm** gibt es (letzter Datenstand: 11/2013) **3.180 bewilligte österreichische Beteiligungen**, **352 Projekte unter österreichischer Koordination**, die **Bewilligungsquote österreichischer KoordinatorInnen** liegt bei **19,7 %**.

Pfad vom 4. zum 7. EU-Forschungsrahmenprogramm

	4. RP	5. RP	6. RP	7. RP	
	1994-1998	1998-2002	2002-2006	Datenstand 11/2013	Datenstand ¹ 11/2013
bewilligte österreichische Beteiligungen	1.923	1.987	1.972	3.180	3.364
Anteil bewilligter österreichischer Beteiligungen an den insgesamt bewilligten Beteiligungen	2,3%	2,4%	2,6%	2,5%	2,5%
bewilligte Projekte mit österreichischer Beteiligung	1.444	1.384	1.324	2.291	2.409
bewilligte österreichische KoordinatorInnen	270	267	213	352	364
Anteil der AT-KoordinatorInnen an Gesamt	1,7%	2,8%	3,3%	3,3%	3,3%
vertraglich gebundene Förderungen für bewilligte österreichische Partnerorganisationen und Forschende in Mio. Euro	194	292	425	949	994
Rückflussindikator (österreichischer Anteil an rückholbaren Fördermitteln)	1,99%	2,38%	2,56%	2,65%	2,65%
Rückflussquote gemessen am österreichischen Beitrag zum EU-Haushalt ²	70%	104%	117%	125%	125%

¹ inkl. ERA-NET- und ERA-NETplus-Ausschreibungen sowie Joint Calls

² Quelle: Europäische Kommission – EU-Haushalt 2011 Finanzbericht; seit 2007 beziehen sich die Rückflüsse ausschließlich auf die EU-Forschungsrahmenprogramme

- 51 -

PROVISO
UB7/04/70/ha101213

125 % Rückflussquote im Forschungsbereich

Gemessen an den rechnerischen Beträgen ist Österreich bereits seit Jahren "Nettoempfänger" bei den Geldern aus dem EU-Forschungsrahmenprogramm. Denn die **Rückflussquote** - gemessen am Beitrag Österreichs zum EU-Haushalt - ist von anfangs 70 % auf zuletzt **125 %** gewachsen!

Österreich konnte seinen Anteil an EU-Forschungsrahmenprogrammen im Vergleich mit den anderen Ländern schrittweise ausbauen. Von 2,3 % aller bewilligten Beteiligungen im 4. Rahmenprogramm (1994-1998), auf 3,3 % im laufenden 7. Rahmenprogramm. Bis November 2013 waren **949 Mio. Euro** der Fördergelder für österreichische Partnerorganisationen vertraglich gebunden.

Aber nicht nur quantitativ sondern **auch qualitativ** hat Österreichs Forschung vom EU-Beitritt profitiert: erst seit dem EU-Beitritt werden durch die Verwaltung programmatische Vorgaben gemacht, vor 1995 wurde eher ein Interessensausgleich angestrebt. So wurden zum Beispiel durch EU-Programme gezielt die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft gefördert. (Quelle: Proviso)

Von 2007 - 2013 profitierten neben Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen auch Unternehmen im Rahmen des 7. Rahmenprogrammes.

Das Programm für den Zeitraum 2014-2020 „Horizon2020“ führt Innovation, Forschung und Wirtschaft näher zusammen und ist mit 79,4 Mrd. Euro dotiert. Damit steht ein um knapp 50 Prozent höheres Budget zur Verfügung als im Vorläuferprogramm (54 Mrd. Euro).

Seit Beginn von Horizon 2020 im Jahr 2014 wurden bis 30.9.2017 insgesamt Rückflüsse nach Österreich in Höhe von € 779,9 Mio. Euro vertraglich fixiert, davon € 282 Mio. an Unternehmen.

36,1 % der EU-Rückflüsse nach Österreich aus Horizon 2020 konnten damit durch Betriebe erzielt werden. Ein Anteil der nach Österreich fließenden Mittel von 2,8 % liegt deutlich über dem Finanzierungsanteil am EU-Budget (2014: 2,3 %, 2015: 2,1 %). Österreich ist im F&E-Bereich somit Nettoempfänger mit weiterem Steigerungspotential.

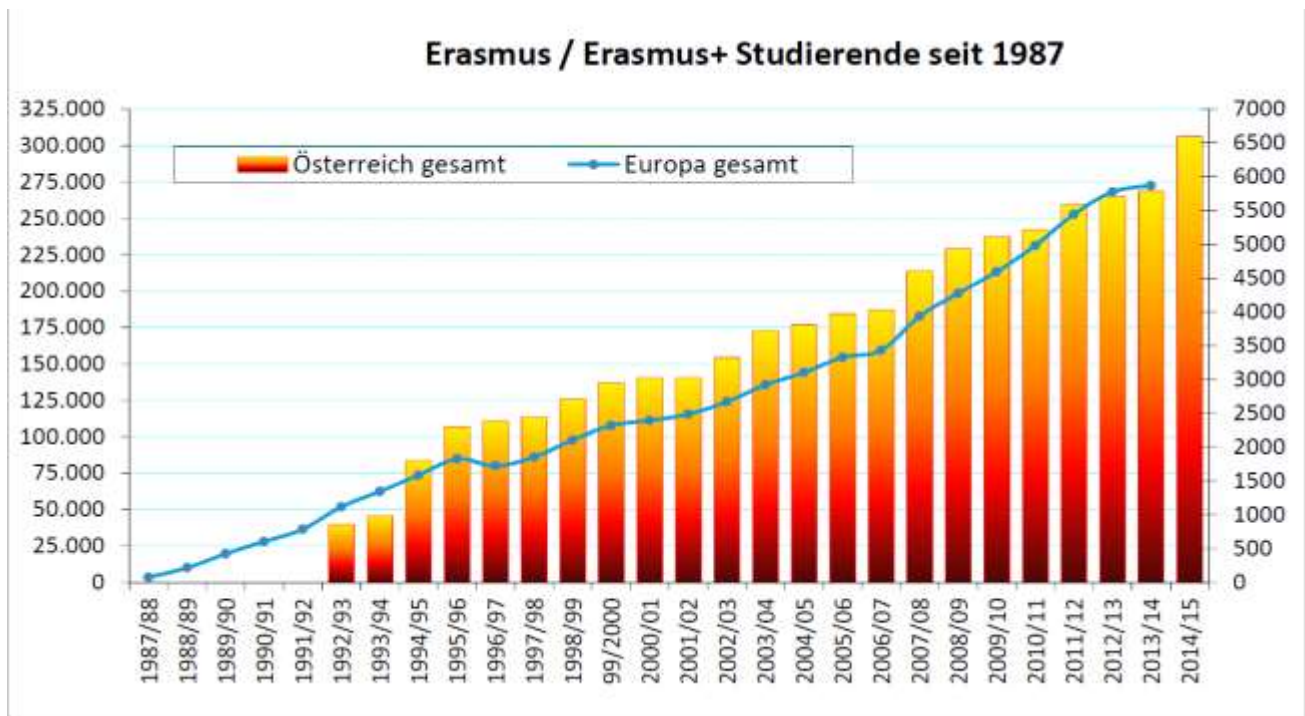
Aktuelle Daten zur österreichischen Beteiligung im EU-Rahmenprogramm finden sie [hier](#)

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat Österreich die Tür zur Kooperation im Bildungsbereich in der EU und dem EWR geöffnet. Erasmus gilt heute nicht nur als das beste aller Programme der Europäischen Union sondern **weltweit auch als erfolgreichstes Studentenaustauschprogramm.**

2014 folgte Erasmus+ den Programmen „Lebenslanges Lernen“, „Jugend in Aktion“ sowie fünf internationalen Programmen. Das bis 2020 angelegte Programm ist mit **14,7 Milliarden** Euro ausgestattet. Das sind 40 Prozent mehr als in der Periode 2007-2013.

Insgesamt soll "Erasmus+" mehr als vier Millionen Europäern die Möglichkeit geben, im Ausland zu studieren, eine Aus- oder Weiterbildung zu absolvieren, Arbeitserfahrung zu sammeln oder Freiwilligendienste zu leisten.

Die Zahl der **österreichischen Studenten**, die einen Aufenthalt im Ausland absolvierten, ist seit Beginn des Erasmus-Programms jährlich gestiegen. 2014/15 gab es den bisherigen jüngsten Rekord mit über **6.500 österreichischen Jugendlichen** mit einem Bildungsaustausch in einem anderen Land.



Regionalförderung

In der öffentlichen Diskussion spielten die zu erwartenden EU-Förderungen eine große Rolle. Österreich musste zu Beginn der Mitgliedschaft - ebenso wie allen neuen Mitglieder - erst geeignete Verwaltungsstrukturen zur Administration der EU-Mittel schaffen. So wurden erst Ende des Jahres 1995 die ersten operationellen Programme für Österreich seitens der EU-Kommission genehmigt. Insgesamt erhielten die betroffenen Regionen im Zeitraum 1995 - 1999 von der EU rund 22 Milliarden Schilling (1,623 Milliarden Euro zu Preisen 1995) zugesprochen.

2000-2006 erhielt Österreich 1,827 Mrd. Euro, **2007 bis 2013** 1,5 Mrd. Euro und in der neuen Finanzperiode **2014 bis 2020** stehen ca. 1,1 Mrd. Euro zur Verfügung.

Die EU ist eine Solidargemeinschaft, daher unterstützen die reicheren Mitglieder die ärmeren beim Aufholprozess. Das Burgenland, das bis 2006 Ziel 1 und somit in der höchsten Förderkategorie war, hat diesen Status infolge der Erweiterung verloren. Es erhielt Übergangshilfen - im EU-Jargon „Phasing-out“ genannt -, die sich von 2007 bis 2013 auf rund 177 Mio. Euro beliefen (ohne nationale Kofinanzierung).

Auch in der Finanzperiode 2014 bis 2020 gilt das Burgenland als sogenannte Übergangsregion - zählt also weder zu den überdurchschnittlich gut entwickelten noch zu den besonders unterentwickelten Gebieten. Zwar mag es auf der einen Seite bedauerlich sein, dass kein österreichisches Bundesland mehr Gelder aus der höchsten Förderkategorie erhält, andererseits zeugt dies aber auch davon, dass der wirtschaftliche Aufholprozess des Burgenlands - nicht zuletzt dank der Finanzhilfen aus Brüssel - erfolgreich war.

Die sogenannte - von der EU-Kommission genehmigte - Fördergebietskarte Österreichs legt fest, welche Gebiete nach den EU-Beihilfevorschriften für Regionalbeihilfen in Betracht kommen und bis zu welcher Obergrenze den Unternehmen Beihilfen gewährt werden dürfen.

Österreich hat erreicht, dass der erlaubte Gebietsumfang ausgeweitet anstatt gekürzt wurde. Sowohl kleine und mittlere Betriebe als auch größere Unternehmen können weiter unterstützt werden.

In den ausgewiesenen Fördergebieten leben 25,87 Prozent der österreichischen Bevölkerung, das entspricht 2,186 Millionen Einwohner. Seit dem 1. Juli 2014 können Beihilfen nach den neuen Regeln gewährt werden: Die höchstzulässigen Förderungen für Investitionen bzw. Neugründungen betragen für mittlere Unternehmen 20 Prozent und für kleine Unternehmen 30 Prozent der förderbaren Investitionssumme. Für große Unternehmen hat die EU-Kommission die maximal mögliche Förderintensität von 15 auf 10 Prozent reduziert.

Auch konnte in den Verhandlungen erreicht werden, dass das Fördergefälle zwischen Grenzregionen, wie zum Beispiel dem Burgenland oder dem Wein- und Waldviertel, und den Hochfördergebieten benachbarter EU-Staaten von 20 auf 15 Prozentpunkte gesenkt wurde.

Zusätzlich können österreichische Unternehmen von den EU-Förderungen an die neuen Mitglieder in Mittel- und Osteuropa profitieren, indem sie dort Aufträge über von Brüssel geförderte Vorhaben - etwa für Infrastrukturausbau oder Nachrüstungen zur Erfüllung der EU-Umweltstandards - erhalten.

In der Vergangenheit wurde kein „Geld in Brüssel liegen gelassen“, denn Voraussetzung für das Abrufen der EU-Mittel war und ist eine nationale Kofinanzierung durch Bund und Länder, wodurch sich das Projektvolumen mehr als verdreifachte.

Österreichs Nettozahlungen

Die Bewertung des Nutzens der EU-Mitgliedschaft für Österreich kann nicht darauf reduziert werden, dass man die Rückflüsse von der EU an Österreich vom österreichischen Bruttobeitrag abzieht. Diese „Nettozahler-Position“ Österreichs wird oft kritisiert, die Diskussion aber stets zu kurzfristig und wenig objektiv geführt.

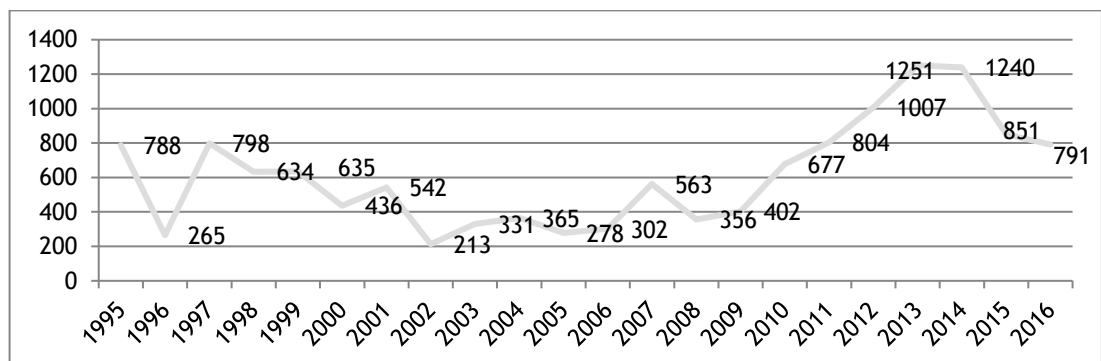
Echter Nutzen aus der EU-Mitgliedschaft darf nicht an Nettozahlungen gemessen werden

Denn erstens sind die Nettozahlungen Österreichs bei weitem nicht so gestiegen wie von mancher Seite prophezeit, darüber hinaus müssen diesen Zahlen andere Vorteile des Binnenmarktes gegenübergestellt werden: allein die **jährlichen Einsparungen von ca. 1,7 Mrd. Euro** durch den Wegfall der Zollgrenzen sind jedenfalls weit mehr als der jährliche Nettobetrag!

Was ist der Nettobeitrag?

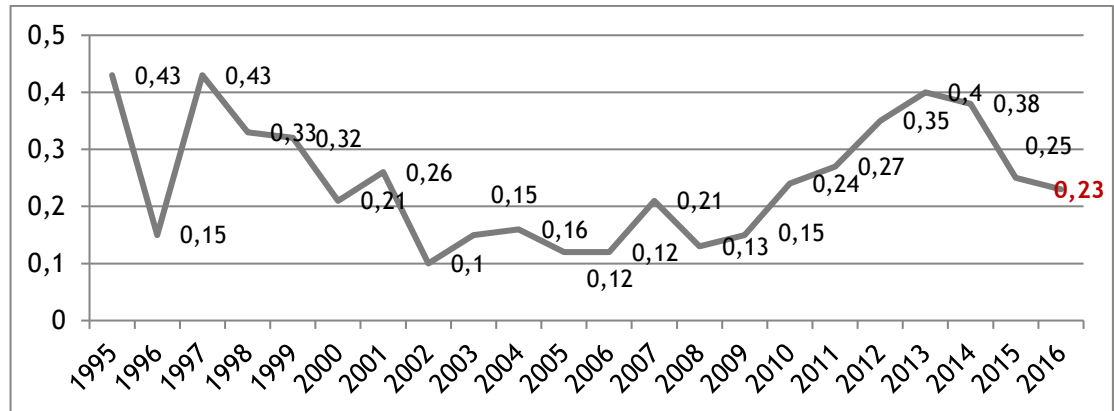
Die Differenz zwischen dem Bruttobeitrag und den Rückflüssen ergibt den Nettobeitrag eines Landes. Seit dem EU-Beitritt 1995 hat Österreich jedes Jahr aufgrund seines relativen Wohlstands mehr in den europäischen Haushalt einbezahlt als an (direkten) Mitteln erhalten. Am wenigsten zahlte Österreich im Jahr 2002 (212,1 Mio. Euro). Dieses Jahr kann jedoch nicht als Normaljahr genommen werden - seit diesem Jahr zahlt Österreich auch nur mehr 25 % des UK-Rabatts; außerdem waren die Rückflüsse im Jahre 2002 sehr stark (Hochwasserhilfe!).

Österreichs Nettobeiträge bzw. operative Haushaltssalden seit 1995 (in Mio. Euro):



Gemessen an der wirtschaftlichen Leistungskraft ergibt sich ein ganz anderes Bild der österreichischen „Nettozahler-Position“: hier liegt der Nettobeitrag Österreichs 2015 ungefähr in der Mitte des 22-jährigen Durchschnittes:

Entwicklung der Nettozahlungen in % des BIP



Zum Vergleich:

- ▶ Österreichs durchschnittlicher „EU -Nettobeitrag“:- **0,6 Milliarden Euro (2016: 0,79 Mrd. Euro)**;
- ▶ Für die Tilgung der Zinsen für Staatsschulden zahlt Österreich jährlich ca. 8 Milliarden Euro;

Mythos Sozialtourismus

Mit zunehmender beruflicher Flexibilität in Europa rücken Fragen der sozialen Sicherung zum Beispiel von Grenzgängern oder von Studenten aus dem EU-Ausland immer mehr in den Vordergrund. Dabei ist die Sorge vor möglichem sogenanntem „Sozialtourismus“ ein Reizthema.

In den meisten Fällen findet - entgegen manchen Behauptungen - kein Missbrauch von Leistungen statt. Das allein schon deshalb, weil jeder EU-Bürger, der in einem anderen Mitgliedstaat länger als drei Monate leben will, nachweisen muss, dass er unselbständig beschäftigt oder selbständig tätig ist oder (bei keiner Beschäftigung) für sich und seine Familienangehörigen über ausreichende Existenzmittel und einen umfassenden Krankenversicherungsschutz verfügt.

Kann man daher keine ausreichende finanzielle Absicherung nachweisen, ist ein länger als dreimonatiger Aufenthalt auch in Österreich für andere EU-Bürger prinzipiell nicht möglich.

Verschiedene EuGH-Urteile wurden aber fälschlicherweise so interpretiert, dass diese Sozialmissbrauch Tür und Tor öffnen, dies ist aber nicht der Fall: der EuGH hat nur klargestellt, dass EU-Bürger in einem anderen als seinem EU-Heimatland nicht prinzipiell von Sozialleistungen ausgeschlossen werden dürfen sondern dass die Behörden der Mitgliedstaaten die Umstände des Einzelfalles prüfen müssen.

Auch Deutschland muss nicht allen arbeitslosen EU-Bürgern im Land Sozialhilfe gewähren. Die Europäische Kommission dringt auch nicht darauf, dass Deutschland die Bedingungen für den Zugang zu Sozialleistungen erleichtert.

Schutzklauseln verhindern Sozialtourismus

Dem Recht auf Freizügigkeit innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) stehen strikte Schutzklauseln gegenüber, um den sogenannten "Sozialtourismus" zu verhindern.

Grundsätzlich gilt: Um Sozialhilfe zu erhalten, muss man als EU-Bürger entweder arbeiten, ein direktes Familienmitglied eines Anspruchsberechtigten sein oder seinen dauerhaften Aufenthaltsort in dem jeweiligen EU-Mitgliedstaat haben. In den ersten drei Monaten ist das EU-Aufnahmeland nach EU-Recht nicht verpflichtet, nicht erwerbstätigen EU-Bürgerinnen und -Bürgern Sozialhilfe zu gewähren.

► Details: EU-Top-Thema [Mythos Sozialtourismus](#)

20 Jahre nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen: Mehrheit der Österreicher für EU

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hat aus Anlass des 20. Jahrestages des Abschlusses der Beitrittsverhandlungen im Februar/März 2014 eine österreichweite Umfrage über die Haltung zur EU durchgeführt.

Das Ergebnis zeigt: 64 Prozent der Österreicher wollen, dass ihr Land EU-Mitglied bleibt. 24 Prozent plädieren für einen Austritt. 13 Prozent beziehen keine Stellung. Eine Bilanz über die vergangenen 20 Jahre zeigt: 44 Prozent denken, dass Österreich „deutlich mehr“ (14 Prozent) bzw. „etwas mehr“ Vorteile (30 Prozent) durch die Mitgliedschaft in der EU hat. Für 35 Prozent überwiegen die Nachteile: „etwas mehr“ (20 Prozent) bzw. „deutlich mehr“ (15 Prozent).

Zahlen, Daten Fakten - Untersuchung der Agenda Austria

Bei allen Dingen, die in der EU besser funktionieren könnten: Österreich ist eines jener Länder, die durch die Integration in puncto Wohlstand am meisten gewonnen haben.

Von den Möglichkeiten, in anderen Ländern zu lernen oder zu arbeiten gar nicht zu reden. In Zeiten, in denen der Freihandel so diskreditiert ist wie selten zuvor, ist ein Faktencheck dringend nötig. Unter dem Titel "[Österreichs Beitritt zur EU - ein Fehler?](#)" hat die Agenda Austria Zahlen, Daten und Fakten zusammengetragen und aufbereitet:

So wird unter anderem die Lohnentwicklung seit der EU-Mitgliedschaft untersucht:

- Seit 1995 sind die gesetzlich verankerten Kollektivverträge, also jene Löhne die als Untergrenze in den einzelnen Branchen gelten, deutlich schneller als die Inflation gestiegen.
- Ein Arbeiter verdient derzeit um knapp 70 Prozent mehr als 1995, während die Preise in diesem Zeitraum um rund 45 Prozent gestiegen sind.
- Bei Angestellten fiel der Anstieg etwas schwächer aus. Sie verdienen 2015 um rund 63 Prozent mehr, während die Preise in diesem Zeitraum um rund 45 Prozent gestiegen sind.
- Ein und derselbe Arbeiter bzw. Angestellte, verdient also heute real deutlich mehr, als das zu Beginn der EU-Mitgliedschaft der Fall war.

Lohnentwicklung seit der EU-Mitgliedschaft



Zusammenfassung

Die vorliegenden Zahlen, Daten und Fakten belegen, dass die Vorteile der EU-Mitgliedschaft und der Wegfall von Beschränkungen zum Binnenmarkt von der heimischen Wirtschaft genützt wurden. Die Integration in den Binnenmarkt brachte für alle Branchen Vorteile - mit Ausnahme der klein strukturierten und vor dem EU-Beitritt abgeschotteten Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie den Speditionen.

Der Maastricht-Vertrag und die damit beschlossene Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion legten Österreich und den anderen EU-Staaten Beschränkungen auf, die sich in einer notwendigen Budgetkonsolidierung und einer rückläufigen Staatsverschuldung äußerten. Durch die Einsparung bei öffentlichen Ausgaben aber auch durch Steuererhöhungen wurden allerdings verringerte Konsumausgaben in Kauf genommen, die sich in einem relativ niedrigen Wirtschaftswachstum niederschlugen. Andere Länder leiteten aufgrund äußerer Umstände (z. B. Finnland aufgrund des Wegfalls des Handels mit der Sowjetunion nach 1989) diesen Konsolidierungsprozess bereits früher ein.

Von der EU-Erweiterung um die Länder aus Mittel- und Osteuropa sowie Malta und Zypern profitierte Österreich wie kein anderes Land. Die Exporte in diese Region boomten, die österreichischen Direktinvestitionen in diesen Ländern erreichten Rekordwerte. Österreich zählt in seinen Nachbarländern zu den größten Investoren.

Der Ausbruch der Finanzkrise hat allen Ländern weltweit einen Dämpfer versetzt. Die EU hat rasch und beherrscht reagiert und binnen kurzer Zeit war sie Schutzschirm hinsichtlich der europäischen Finanzmärkte und Kreditwirtschaft. Der Konjunkturmotor geriet zwar ins Stottern, doch das Wirtschaftsankurbelungsprogramm mit seiner einheitlichen Vorgehensweise wird greifen. Im europäischen EU-Kontext muss Österreich nun anstreben, seine Stärken in Punkto Innovation und Qualifikation zu forcieren und unser Know-how in Zukunftsbranchen wie Energie- und Umwelttechnologien gezielt aufzubauen.

Ohne den schützenden Schirm der EU und insbesondere der Währungsunion hätte Österreich die Wirtschaftskrise nicht so gut überstanden.

Sowohl das WIFO als auch die Prognos AG im Auftrag der Bertelsmann Stiftung sprechen von einem deutlichen Gewinn Österreichs durch die EU-Integration: Laut WIFO konnte Österreich ein

kumuliertes zusätzliches Wirtschaftswachstum in Höhe von 63 Mrd. Euro (seit 1889, hochgerechnet bis 2015) erzielen, wodurch rund 18.500 zusätzliche Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen wurden. Laut Prognos AG beträgt das zusätzliche kumulierte Wirtschaftswachstum 48 Mrd. Euro (1992-2012), der Bewertung der Prognos AG wurde ein um 6 Jahre kürzerer Zeitraum zu Grunde gelegt. Beide kommen daher zum gleichen Ergebnis, da beide Institute einen durchschnittlichen jährlichen durch die EU-Integration erzielten Wachstumsgewinn von ca. 2,4 Mrd. Euro berechnen.

Was wäre, wenn Österreich wieder aus der EU austräte?

Die vorliegende Unterlage hat die Auswirkungen der Österreichischen EU-Mitgliedschaft anhand von für jedermann zugänglichen Daten (Außenhandelsentwicklung, Direktinvestitionen, Auswirkungen auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, die Inflation und das Wirtschaftswachstum in Österreich) untersucht. Das Ergebnis: Der Nutzen, den Österreich aus der Teilnahme am Binnenmarkt hat, übersteigt um ein Vielfaches den sogenannten „Nettobeitrag“ unseres Landes zum Budget der EU.

Was würde nun ein Austritt aus der EU bedeuten?

Die Konsequenzen eines solchen Schrittes lassen sich in Ihrer Gesamtheit kaum vorhersehen. Die wirtschaftliche Isolation Österreichs und der Wegfall des Mitbestimmungsrechtes auf EU-Ebene wären mit Sicherheit eine große Gefahr für ein außenhandelsorientiertes Land wie Österreich (mehr als 5 von 10 Euro werden im Ausland erwirtschaftet, ca. 70 % des österreichischen Außenhandels erfolgen mit Ländern der heutigen EU).

Keine Frage, es gibt auch Branchen, die von einer Abschottung des österreichischen Marktes profitieren würden: für Transportunternehmen zum Beispiel, die nur auf dem österreichischen Markt aktiv sind, könnte sich der Wettbewerbsdruck reduzieren. Denn sie sind nicht wie große Firmen in der Lage, ihre Kosten durch Auslagerungen zu senken. Diese Vorgangsweise wäre bei einem Austritt aus dem Binnenmarkt auch für große Transportunternehmen voraussichtlich nicht mehr attraktiv. Generell würden Unternehmen, die wenige Berührungspunkte mit dem EU-Ausland haben, einen Austritt unseres Landes aus der EU vorerst kaum bzw. mit großer Verzögerung spüren. Denn eine Isolation Österreichs vom Europäischen Binnenmarkt würde mit hoher Wahrscheinlichkeit unsere gesamte Wirtschaft schwächen.

Die konkreten Auswirkungen eines Austrittes Österreichs aus der EU hat Prof. Dr. Christian Keuschnigg, heute Professor in St. Gallen und Leiter des WPZ (Wirtschaftspolitisches Zentrum), davor Leiter des Instituts für höhere Studien (IHS) in Wien im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich untersucht.

In seiner [Studie „Österreich in der EU oder Öxit?“](#) vom November 2016 kommt er zu dem Ergebnis, dass die EU-Mitgliedschaft Vor- und Nachteile gebracht hat. Sie hat die heimische Wirtschaft belebt und Österreich in Europa aufsteigen lassen. Dafür zahlt Österreich allerdings auch einen erheblichen Nettobeitrag (siehe oben) und muss einiges an Autonomie und Selbstbestimmung aufgeben.

Bei einem EU-Austritt würde der Nettobeitrag an das EU Budget wegfallen. (Anmerkung: Österreichs durchschnittlicher jährlicher „EU-Nettobeitrag“ seit dem EU-Beitritt beträgt 0,5 Milliarden Euro (2015: 851 Mio. Euro, 2014: 1,24 Mrd. Euro) bzw. zwischen 0,1 und 0,4% des BIPs)

Dem steht aber gegenüber, wie die Mitgliedschaft die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich angekurbelt hat: In den Jahren nach dem Beitritt fiel das Wachstum im Schnitt um 0,5% höher aus (am Anfang mehr, später weniger). Damit hat Österreich heute ein Wohlstandsniveau, das dauerhaft um 7,2% des BIPs höher ausfällt, als hätte es auf den Beitritt verzichtet. Das ist das 19-fache des Nettobeitrags. Anders gesagt: Die Investition verzinst sich mit 1900 Prozent - eine phänomenale Rendite, wie Prof. Keuschnigg betont. Denn durch den Binnenmarkt fallen Zölle und Handelsbarrieren weg, wie gesonderte Genehmigungen, Sicherheitsvorschriften und

Kennzeichnungspflichten. So haben auch kleinere Unternehmen die Chance, neue Märkte zu betreten. Bei Importwaren sinken die Preise (das Preisniveau wäre heute ohne EU-Mitgliedschaft nach Modellrechnungen um bis zu zwei Prozent höher). Das stärkt die Kaufkraft und löst zusätzliche Nachfrage aus.

Viel wichtiger sind aber dynamische Effekte: Der Schwerpunkt verlagert sich zu den Exporteuren, für deren hoch spezialisiertes Angebot der Heimmarkt viel zu klein wäre. Ihre Unternehmen sind im Vergleich zur Binnenwirtschaft um zwei Drittel produktiver, sie investieren um 77 Prozent mehr und zahlen um 23 Prozent höhere Löhne.

Dazu kommen Töchter multinationaler Konzerne, die besonders forschungsintensiv sind. Auch würden ausländische Firmen in Österreich nach einem Öxit weniger investieren. Die EU-Mitgliedschaft ist laut der Studie ausschlaggebend für rund 28 Prozent der Investitionen. Ausländische Tochterfirmen machen in Österreich zwar nur 3,2 Prozent aller Unternehmen aus, stellen jedoch ein Fünftel der Beschäftigten und erwirtschaften rund ein Drittel der Umsatzerlöse. Der kleine Inlandsmarkt ist für sie kaum interessant. Sie kommen aus anderen Gründen - und gehen, wenn der Zugang zum Binnenmarkt wegfällt. Außerdem sind ausländische Betriebe für die Hälfte der industriellen Forschung und Entwicklung verantwortlich.

Der Wegfall all dieser Vorteile würde nach und nach letztlich zu weniger Wohlstand, geringerer Produktivität und weit höherer Arbeitslosigkeit in Österreich führen.

Dazu kommt, dass Österreich als kleines Land mitten in Europa und umgeben von EU-Staaten wirtschaftspolitisch kaum Optionen hat, die einen Alleingang abseits der EU ohne große Kosten erlauben würden. Der faktische Zwang, die Politik der EU als Nicht-Mitglied passiv übernehmen zu müssen, klingt nicht nach großer Souveränität, so Prof. Keuschnigg. Nur als voll berechtigtes Mitglied kann Österreich die Entwicklungen in der EU beeinflussen. Angesichts dessen kann ein Öxit nur selbstschädigend sein. Er wäre ein höchst riskanter nationaler Entscheidung nicht nur für uns, sondern auch für unsere Nachbarländer, mit denen wir in engstem Austausch stehen.

Viel besser ist es, mit Sitz und Stimme und mit einer klaren Europastrategie auf eine Reform der EU hinzuarbeiten, die allen nützt, so die Studie.

Impressum:

Wirtschaftskammer Österreich, 1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63

Stabsabteilung EU-Koordination

T: 05 90 900-4315, W: <http://wko.at/eu> | E: eu@wko.at

Für den Inhalt verantwortlich: MMag. Christian Mandl,

Autor(en): Mag. Micaela Kleedorfer

2017

Inhalt nach bestem Gewissen aber ohne Gewähr